

# Raumordnung kommt Schlüsselfunktion zu

Die Landesregierung bastelt derzeit an einem neuen Einheitsgesetz für Raumordnung und Landschaftsplanung. Landeshauptmann Arno Kompatscher und Gesetzes-Mitautor Frank Weber haben auf der Tagung Raum+ (s. S. 14) erklärt, welche Ziele sie damit verfolgen.

Landesrat Arnold Schuler bezeichnete es als das „Schlüsselgesetz“ für die Entwicklung des ländlichen Raums: Das neue Gesetz, das Raumordnung und Landschaftsplanung künftig in einem einzigen Einheitstext regeln soll. Vorerst liegen nur die Leitlinien dazu vor.

Für Landeshauptmann Arno Kompatscher gibt es zwei Gründe, dieses Gesetz neu zu schreiben: „Erstens könnten einige staatliche Neuregelungen unser bisheriges Raumordnungsgesetz beschneiden. Wir müssen unsere Autonomie wahren, um unser schlankes, bürgernahes Planungsinstrument zu wahren.“

Der zweite Grund sind die veränderten Rahmenbedingungen in Südtirol: Gesellschaft und Wirtschaft haben sich verändert, die Planungsinstrumente müssen darauf reagieren. „Das Raumordnungsgesetz musste immer Schutz und Entwicklung unter einen Hut bringen. In der ersten Phase wollte es mehr Schutz der Landschaft, in den jüngsten Jahrzehnten mehr Entwicklung.“ Es sei Zeit, zu überdenken, wie Südtirol in Zukunft die Balance finde. Gleichzeitig sei das Gesetz immer unübersichtlicher geworden. Nun wolle man das Gesetz von Grund auf überarbeiten.

## Landschafts- und Bauleitplan vereinen

Ein großer Teil der Reform: Statt getrennter Landschafts- und Bauleitpläne soll es künftig einen einzigen Gemeindeplan geben. Die Innenentwicklung spiele dabei eine große Rolle: „Sanierung und Verdichtung im Ortskern sollen mehr Freiheit erhalten, die Verbauung neuer Flächen im Grünen hingegen strengerer Regeln unterliegen“, erklärte Kompatscher, der aber auch klarstellte: „Entwicklung für die Wirtschaft muss weiterhin möglich sein und das werden wir nicht verhindern.“

Was die derzeit vorliegenden Leitlinien für das neue Gesetz für Raumordnung und Landschaftsplanung beinhalten, erklärte Frank Weber, ausgebildeter Architekt und Direktor des Landesamtes für Ortsplanung Süd-West und Mit-Autor des neuen Gesetzes. Zentrales Planungsinstrument sollen die neu definierten, fünf Zonen sein, in denen die Gemeinden Flächen widmen können. Die größte Neuerung ist dabei die Mischnutzung in den Ortskernen.



Frank Weber: „In Mischzonen soll alles möglich sein, was mit Wohnen vereinbar ist.“

Wie Weber erklärte, „soll die dortige Fläche zu mindestens 60 Prozent dem Wohnen dienen. Daneben soll Dienstleistung und Gewerbe möglich sein, sofern es mit Wohnen vereinbar ist.“ Sind sie das nicht, müssen sie im reinen Gewerbegebiet stattfinden, wo Wohnen dann überhaupt nicht mehr zugelassen ist, auch nicht für die Eigentümer der Betriebe selbst. Die weiteren drei Flächenwidmungen sind: Gebiet mit besonderer Nutzung, Mobilität & Infrastrukturen sowie Grünflächen.

## Mehr Eigenverantwortung den Gemeinden

Weber begründete das neue Gesetz unter anderem mit der demographischen Entwicklung in Südtirol. Noch habe Südtirol eine komfortable Situation, also wesentlich weniger leer stehende Bausubstanz als die auf der Tagung aufgezeigten Fallbeispiele aus Deutschland: „Doch die Zu- und Abwanderungszahlen der jüngsten Jahre belegen auch bei uns, dass urbane Gebiete stärker und ländliche Gebiete schwächer werden.“ Daher will das Gesetz den Freiraum und die Eigenverantwortung der Gemeinden und Bauherren stärken. Gleichzeitig sollen im landwirtschaftlichen Grün wesentlich strengere Regeln herrschen. Denn das Gesetz soll auch die Landwirtschaft stärken: „Wenn man z.B. immer neue Nutzungen



LH Arno Kompatscher: „Balance finden zwischen Schutz und Entwicklung.“

wie Wohngebiete in direkter Nachbarschaft zur Landwirtschaft plant und zulässt, ist ein Konflikt mit der Landwirtschaft vorprogrammiert.

Kompatscher und Weber erklärten, dass das neue Gesetz nicht alles bis ins letzte Detail regeln soll. „Es soll nur die Leitplanken setzen, diese aber klar definieren“, sagte der Landeshauptmann.

## Skepsis bleibt

Dass derzeit noch viele Fragen offen sind, zeigte die abschließende Diskussionsrunde mit dem Präsidenten der Bezirksgemeinschaft Eisacktal Walter Baumgartner, Wirtschaftsring-Präsident Philipp Moser, Prof. Gerlind Weber und Möltens Bürgermeisterin Angelika Wiedmer. Die Befürchtungen reichen von einer zu strengen Einschränkung für die Wirtschaft, zu viel Macht des Landes bei der Planung in den Grünflächen bis zu hoffentlich nicht nur rein technisch besetzten Baukommissionen.

Es herrscht also noch viel Gesprächsbedarf. Da stimmt es zuversichtlich, dass sowohl Kompatscher als auch Weber laut eigenen Aussagen eine Hauptbotschaft von der Tagung mitnehmen: Der Dialog ist wichtig. Wenn man die Bürger nicht mit einbezieht, können Dorfentwicklung und Landschaftsplanung nicht funktionieren. ▴ GST